

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsgehaltene Monatshefte 60 Bfg. Restamalgemeine 1.—Mk.

Abgabeannahme in der Redaktion dieses Blattes, Belegstraße 10, bis 9 Uhr abends. Bestellungen und Kompagnie Angelegenheiten müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Einzelheftpreis: durch unsere Geschäftsstelle 5.50 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 6.00 Mk. und durch den Briefträger 6.50 Mk. Einzelnummer 20 Bfg.

Bestellfrist und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Belegstraße 10, und von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr 75

Dienstag, den 28. Juni 1921.

60. Jahrgang

## Eine Enthüllung.

Le Mond's Doppelspiel.

Der „Berl. Vol.-Bl.“ veröffentlicht einen Geheimbericht Le Mond's an die französische Militärmission in Berlin, der ihm in die Hände gespielt wurde und für dessen Echtheit er sich verbürgt. Dieser Geheimbericht wirft ein gelbes Schlaglicht auf das enge Zusammenarbeiten Le Mond's mit Korfanty. Der Bericht beginnt mit allerlei „Feststellungen“ über den deutschen Selbsthaß in Ober-Schlesien, der immer stärker werde, für den im ganzen Reich geworben werde und dem aus dem Reich immer neue Waffen geliefert würden. Während in Bayern die Entlohnung der Orgel durch die demokratischen Parteien gefördert werde, sehe die gesamte ober-schlesische Bevölkerung geschlossen hinter der Orgel. Die Kräfte des deutschen Selbsthaßes werde von Tag zu Tag immer stärker, während Korfanty täglich mehr Chancen verliere, wenn nicht sofort dem Krieg vier Einheitsgebiete und alle strategischen Punkte einräumten, um dadurch den deutschen Vorstoß aufzuhalten und so Korfanty im Lande zu behalten.

Le Mond gibt Korfanty Geheimberichte.

Wörtlich heißt es dann in dem Bericht: „Wir haben infolge dessen mit allen anderen Vertretern der Entente folgendes beschlossen:

1. Korfanty kann auf dem Gebiet, das er besetzt hat, seine Organisation fortführen und verneuern zum Segen der polnischen Einwohner. Wir fordern von Korfanty, daß er mehr Disziplin als bisher in seine Truppen bringt, und daß Korfanty unseren Geheimberichten unbedingt Gehorsam zollt.

2. Die Truppen der Interalliierten müssen zu einer geschlossenen Gruppe aufammengepackt werden und die spezielle Aufgabe erhalten, weitere deutsche Vorbereitungen und Vorstöße sowie Befestigung strategischer Punkte, ebenso die Vereinigung der deutschen Abteilungen zu einer Front zu verhindern.

3. Unsere Truppen müssen so aufgestellt und verpackt werden, daß wir in jedem Augenblick bereit sein können, die deutschen Truppen zu enttarnen und ihre Munition zu beschlagnahmen, falls sie nicht auf den ersten Befehl von uns die Waffen ausliefern.

Weiter behauptet Le Mond, daß er täglich mehr Sympathie bei den Engländern und Franzosen findet.

## Einigung in Oberschlesien.

Die Polen sollen beginnen.

Der zwischen den Generalen Hoover und Henderson vereinbarte Räumungsplan ist nunmehr endlich von der Interalliierten Kommission angenommen worden. General Hoover wurde der entsprechende Entschluß mitgeteilt. Auch die letzte Bedingung Hoovers, daß die Polen sich zuerst weiter zurückziehen müßten, wurde im Einvernehmen mit dem polnischen Kommando, das auf die Schwierigkeiten bei der Ausführung hinwies, genehmigt. Der Rückzug der Polen soll sofort beginnen. Die Polen müssen bis zum 28. Juni die erste Zone bis einschließlich Hindenburg und Gleiwitz räumen. Bis zum 3. Juli soll sich der Selbsthaß in die Gegend von Leobschütz und Kreuzburg zurückziehen, während die Polen in der gleichen Zeit die 3. Zone einschließlich Beuthen verlassen haben müssen. Am 5. Juli muß von beiden Parteien der ober-schlesische Boden über die beiderseitigen Grenzen verlassen sein. Die Alliierten sollen gleichzeitig, einer Meldung des „Zentralpost“ zufolge, die gedämmten Gebiete besetzen.

## Die Ortswehr.

Auch soll in den befreiten Gebieten sogleich eine Ortswehr geschaffen werden, die aus angesehnen Bürgern der einzelnen Orte zusammengesetzt werden soll. Der General de Marini erklärte, daß die Miliz Korfanty's niemals von der Interalliierten Kommission anerkannt werden würde. Es handele sich darum, den wirtschaftlichen Ruin des Industriegebietes zu verhindern. Dazu seien die aus Insurgenten gebildeten polnischen Ortswehren nicht geeignet.

## Neuer Zusammenstoß.

Endlich folgte es zu einem erneuten Zusammenstoß der Insurgenten mit den Interalliierten. Auch hier waren polnische Soldaten beteiligt, die in großer Zahl ununterbrochen die Grenze überschritten. An der ganzen schlesischen Grenze Polens sind seit langem bedeutende Truppenmengen zusammengezogen. Von dort geht ein reger Verkehr zum Aufstandsgebiet. Auch sind alle militärischen Vorkehrungen getroffen, damit Polen gegebenenfalls mit Waffengewalt in Oberschlesien ein-

greifen kann. Der neue polnische Außenminister Strömung hat auch ganz offen Polens Ansprüche von neuem in seiner Antikrisisrede dargelegt. Lieber Ober-Schlesien erklärte er, daß angesichts der aus einandergehenden Ansichten Englands und Frankreichs der italienische Vorschlag des Grafen Sforza zum mindesten eine Brücke der Verständigung bilden könne. Angesichts dieser Erklärung darf man nicht vergessen, daß Strömung bisher polnischer Gesandter in Rom war und so sicher an dem Plane Sforza's, der den wesentlichen Teil des Industriegebietes Polen zuweihen will, stark beteiligt ist.

## Polnischer Friedensbruch.

Englischer Protest Deutschlands. Amtlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung der polnischen Konferenz, sowie den Mitteln in London, Paris und Rom eine Note übermitteln hat, in der sie sich mit der Entscheidung der polnischen Räte in Oberschlesien erbrocht verweigert. Diese Anschuldigungen beruhen auf eideschwurlichen Zeugenaussagen und aufgefundenen Papieren. Danach sind nicht nur einzelne polnische Mannschaften zur Teilnahme am Aufstand in Oberschlesien aufgefordert, sondern sogar einzelne Einzelnen geschlossen dorthin dirigiert worden. Beim Leberbrechen erhalten hatten, irgendwelche Schwierigkeiten bereitet worden. Infolge dessen erhebt die deutsche Regierung nachdrücklich Einspruch gegen die öffentliche Unterstützung des ober-schlesischen Aufstandes durch die Alliierten, die strengste Selbstrennung der Grenze unverzüglich vorzunehmen. Gleichzeitig spricht sie die Erwartung aus, daß seitens der alliierten Regierungen der polnischen Regierung nachdrücklich und wirksam jede fernere, wenn auch nur verheißene Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien unterlagert wird. Der Note sind die genannten Beweise als Anlage beigegeben.

## „Neue Werte“.

Durch Mehrarbeit am Wohlstand. Von einem Volkswirt erhalten wir folgende Zuschrift:

Um die Erfüllung der schweren Pflichten, die wir durch die Annahme des Weltmarktes übernommen haben, zu ermöglichen, hat der Reichsanwalt zunächst ein sehr umfangreiches Steuerprogramm vorbereitet. Auf diesem Wege aber können wir nicht mehr weiterkommen. Das Niveau unserer Lebenshaltung ist unendlich schon zu tief gesunken, daß es sich nicht weiter verschlechtern läßt. Jede neue Steuer zieht deshalb die Preissteigerung auf neue an. Es besteht also die Aussicht auf eine Produktionsstagnation schlimmsten Ausmaßes. Auf dem Weg zur Arbeit ist eine Hypothek in gefährlicher Höhe. Eine volkswirtschaftlich notwendige und ausreichende Kapitalbildung ist kaum noch möglich. Das ist umso bedauerlicher, als damit auch die Möglichkeit entfällt, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Es gilt, andere Bahnen zu beschreiten. Dazu gehört allerdings Mut. Man sage dem Volke, wie es um uns steht und was uns allein retten kann: mehr Arbeit, um zu neuem Wohlstand zu gelangen. Vom selber Geschaffenen, bereits über und über verschuldeten, können wir nicht mehr lange leben. Es reicht bald nicht mehr zum Notwendigsten. Leichter ist es, vom zunehmenden Wohlstand abzusehen. Nur vom nachstehenden Reichum kann der Staat noch schöpfen. So sorge er denn für Gelegenheit, neue Werte zu erarbeiten.

Wir vermöchten mit der bisherigen Produktion nur auszureichen, weil der darüber hinausgehende Bedarf gedeckt wurde aus Mitteln, die den Inhabern von Geldanlagen zwangsweise genommen wurden. Die Erparnisse sind aber bald zu Ende. Sie können nicht mehr als Ausbeute dienen. Die Not der davon Betroffenen, von denen viele zu den Verurteilten der Armen gehören, ist ohnehin riesenhaft. Darum wird der Regierung wirklich nichts anderes übrig bleiben als dem Volke mit rücksichtsloser Offenheit zu sagen, daß es für uns nur diese eine Rettung gibt, die Arbeitsleistung, die die bisherige aber auch wirklich um ein Erhebliches überlegen muß. Keine Worte, die Lat. Wohlerordnete Rechte sollen dem Arbeiter in jeder erdenklichen Form sichergestellt werden, aber er muß begreifen, daß seine politische Machtstellung auch die Verantwortung für den eideschwurlichen Wiederanstieg unseres Landes in sich schließt. Und diese verlangt Anpassung an das Gebot der Stunde. Durch starrsinnig rücksichtsloses Festhalten an doktrinärem Schlagwort kann sonst alles verloren gehen.

## Deutsches Reich.

27. Juni 1921.

Die Beratung des Vorkriegsgebietes im Steuer-ausschuß des Reichstages. Der Gesetzentwurf geht, wie ein Regierungsdirektor ausführte, von folgenden Gesichtspunkten aus:

Da der Einheitsfuß des Tarifs (10 Prozent) nur bis zu Einnahmen von 24.000 Mark geht, können die Beschränkungen aber die vereinbarte Einkommensteuer nur bei Gesamteinkommen bis zu dieser Summe Anwendung finden. Das der Einkommensteuer bei einem 24.000 Mark nicht übersteigenden Gesamteinkommen außer Berücksichtigung sonstiger Einnahmen, so muß dieses veranlagt werden; insofern soll die Veranlagung unterbleiben, wenn das sonstige Einkommen 800 Mark nicht übersteigt. Bei Gesamteinkommen über 24.000 Mark bleibt es bei der bisherigen Regelung, denn, einen höheren Quotienten als 10 Prozent abziehen zu lassen, sei nicht anzugehen, wenn der erzielte Wohlstand, nämlich die unzulässige Bereicherung für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Finanzämter, erreicht werden solle.

Eine längere Debatte entspann sich über die Frage der Abzugsfähigkeit von Werbungskosten vom Einkommen. Zur Klärung dieser schwierigen Materie wurde ein Unteranschuß eingesetzt.

65 Millionen Versicherungsgeber für Unfall-Versicherung. Der Rat des Völkerbundes hat die Vorschläge der Kommission, betreffend die Regelung für die Übertragung von Versicherungen, die das deutsche Reich auf Grund der sozialen Versicherungsgeetze für Unfall-Versicherung zurückgelegt hatte, gutgeheißen. Die Kommission hat mit allen Stimmen den Wert dieser Versicherungen am 31. Dezember 1920 auf 65 Millionen festgesetzt. Die zweite Rate davon soll Deutschland am 1. Juli zahlen.

Eine kleine Zahlungsverleicherung. Infolge des Einflusses, den die letzten deutschen Zahlungen in Dollar auf den Wechselkurs ausgeübt haben (Kauffe in Dollar und Baisse der übrigen Wechselkurse), hat die Reparationskommission beschlossen, Deutschland bis auf weiteres für seine späteren Zahlungen von der Verpflichtung zu entheben, die Zahlungen in Dollar vorzunehmen.

In der Einigung des deutschen Protestantismus steht ein weiterer Schritt in Aussicht. Vom 30. Juni bis 2. Juli wird in Eifenach der deutsch-evangelische Kirchenausschuß tagen, um sich über die Verhandlungsgegenstände, die am 27. Juni des zweiten deutsch-evangelischen Kirchentages schlichtig zu werden. Er wird weiter verhandelt über den Entwurf der Kirchenbundesverfassung und den Kirchenbundesvertrag.

Der deutsche Städtetag in Stuttgart wurde Freitag geschlossen. In einer Entschließung fordert er Selbstverwaltung der Gemeinden, Befreiung von überflüssiger Staatsaufsicht und Befestigung des der Verwaltung vergebenden und verneuernden Amtsinhabers. Das staatsrechtliche Befähigungsrecht dürfte, solange es besteht, nicht nach politischen Gesichtspunkten ausgeübt werden. Der Städtetag beschloß die Ausdehnung der Mitgliedschaft auf alle Städte von mehr als 10.000 Einwohnern.

Freilassung der Geiseln verlangt. Dem deutschen Vorkriegsminister in Paris ist eine Note der polnischen Konferenz zugegangen, in der diese bekannt gibt, daß sie bei der polnischen Regierung vorstellig geworden sei, um die Freilassung der militärisch festgenommenen Personen zu erwirken. Gleichzeitig wird auch die deutsche Regierung aufgefordert, die in einer beigefügten Liste aufgeführten 117 Personen, die angeblich in Deutschland interniert seien, ebenfalls freizugeben. In Wahrheit befinden sich in deutscher Internierung nur einige bei den Kämpfen in Oberschlesien Verhaftete, die zum großen Teil aber bereits der Interalliierten Kommission in Doppel zugesichert.

## Auslands-Rundschau.

Brüand über Sanktionen und Oberschlesien. Im Ausschuß der französischen Kammer hielt Ministerpräsident Brüand eine Rede, die auf denselben Ton abgefaßt war, wie seine kurz vorher im Senatsausschuß gehaltenen: Was die Frage der Sanktionen anlangt, hob Brüand besonders hervor, daß ihm die Ausschreibung um so nötiger erscheine, als dadurch das Kabinett Briand, das sich auf die wohlhabend demokratischen Elemente im Reich stütze, konsolidiert werde (!). Wenn die Sanktionen bereits jetzt aufgehoben würden, würde dies nur den pangamantischen Elementen (!) zugute kommen. Bezüglich Oberschlesiens wiederholte Brüand, daß sich die Lage weiter gebessert habe, daß sich der englische und der italienische Standpunkt dem französischen genähert hätte und daß man daher nunmehr hoffen könne, und zwar auch mit der Unterstützung Nordamerikas, zu einer Teilung des Aufstandsgebietes zwischen Deutschland und Polen zu gelangen.

# Provinz und Nachbarstaaten.

Frankfurt, den 27. Juni 1921.

**— Schon wieder fassige Kartoffeln!** Von den Reichsbanknoten zu 10 Mark mit dem Datum vom 6. 2. 1921 die seit Anfang dieses Jahres im Verkehr sind, laufen jetzt eine Reihe fassiger Scheine um, vor denen gemerkt wird. Bei einiger Aufmerksamkeit erkennt man die verhältnismäßig plumpen Fälschungen. So fehlt den Scheinen das Wasserzeichen und auf der Vorderseite im arabischen Druck fehlen unter dem Wort „Reichsbanknote“ des oberen Feldes und „Reichsbanknotendirektorium“ des unteren Feldes die beiden Herrschaften. Das Reichsbanknotendirektorium hat für Aufklärung von Missverständnissen und Fälschungsangelegenheiten eine erhebliche Besoldung ausgesetzt. Es jeder wird also den Schein, den er von Fremden bekommt, sorgfältig zu prüfen haben.

**— Mitbewandlung der Lehrlinge zum Handwerk.** Zum Ostertermin haben die Handwerker noch vielfach vergeblich nach Lehrlingen gesucht, aber seitdem hat sich dies geändert. Die Lehrlinge haben nicht mehr sich die Hände zu binden, sondern heute Wert darauf zu legen, daß ihre Lehrlinge wieder eine richtige handwerkliche Ausbildung erhalten. So kehren die Lehrlinge denn häufig in die Werkstätten zurück und zum Herbst wird sich das wohl noch mehr zeigen.

**— Die Hochspannung.** Es geht auch in zahlreichen Städten bei der betreffenden kommunalen Finanzabteilung als eine Dringlichkeit eingestuft und wird von den Vereinsten gleich mit veranlagt. Meist hält sie sich auf einem bestimmten Maße von etwa 110 bis zu 20 Franken für den Kilometer. Bemerkenswert werden die Zustände zu Gas und elektrischer Licht. Der Gaspreis ist meist über 1,50 M., und der für das elektrische Licht über 3 Mark gestiegen. Das ist das Schicksal eines von Friedensbreis.

**— Der Jued der „Santition“.** Nach einer Meldung aus Ems hat kürzlich ein deutscher Arbeiter durch die unvollständige Unterbringung der Besatzungsbefehle für mehrere hunderttausend ausländische Mannmögliche in ein fährliches Unternehmen. Der Hauptgrund der Jueder war nicht die Unvollständigkeit der Befehle, sondern noch vielmehr die Unvollständigkeit der Befehle. Die Jueder sind ein fährliches Unternehmen. Ein Jued der deutschen Arbeit, ein Jued der Arbeitslosen kann daher nur durch Selbstverleugung der deutschen Staatsbürgerschaft, also nur dadurch stattfinden, daß auch der letzte deutsche Konvention sich weigert, ausländische Jueder zu kaufen, daß er deutsche bereits der Menge der deutschen Wirtschaft zu schaden beginnt. Die deutsche Wirtschaft ist nicht in der Lage, den Jueden, die den Juedenbedarf decken. Wer demnach trotzdem fremde Jueder kauft, trägt mit Verwirklichung zur Verarmung des Vaterlandes bei.

**— Belgien verzichtet auf die Einfuhrzölle.** Das belgische Gesetz betreffend die Erhebung einer Wertabgabe auf Waren deutschen Ursprungs, ist bekanntlich zwar vom Parlament angenommen und in seiner endgültigen Fassung veröffentlicht worden, aber noch nicht in Kraft getreten. Es ist demnach, der den Tag der Verordnung noch nicht erlassen hat. Die belgischen Wirtschaftskreise fanden von Anfang an zum weitestgehenden Teil dem Gesetz ablehnend gegenüber, da sie eine wirtschaftliche Schwächung Belgiens und eine schwere Beeinträchtigung des Ausverkehrs der belgischen Wirtschaft befürchteten. Was die belgischen Exporteure betrifft, so ist es ihnen nicht gelungen, die belgische Regierung zu überzeugen, diese nunmehr wieder erneuert und zum Ausdruck gebracht haben, daß die belgische Regierung den Entschluß gefaßt habe, das Gesetz nicht in Kraft treten zu lassen.

**— Der Mord am 25. Juni.** Für je 100 Mark zahlten Paris 825 Franken, Paris 1742 Franken, Stockholm 621 Kronen, Moskau 421 Gulden, New York 1,87 Dollar, New York 25,39 Lire. Ein Pfund Sterling kostete 269 Mark.

**— Wenn die Wirtschaft in englischen Streit.** Die Einladung der Arbeitgeberverbände für eine gemeinsame Aktion gegen die Streikbewegungen ist nicht erfolgt. Die Streikbewegungen sind nicht mehr sehr stark durchgehalten worden, haben sie sich zu neuen Verhandlungen bereit gezeigt. Die Streikbewegungen sind nicht mehr sehr stark durchgehalten worden, haben sie sich zu neuen Verhandlungen bereit gezeigt.

**— Wegen des belgischen Streiks.** Ein englischer Unternehmer erklärte der Generalversammlung des B. I. C. I. D. mehrere englische Jueden aus dem belgischen Streik. Er erklärte, daß die belgischen Jueden in den belgischen Streik eingetreten sind, und daß die belgischen Jueden in den belgischen Streik eingetreten sind.

**— Eisenbahnentlastung der Eisenwerke.** Ein Teil eines Militärfregates mit 104 Jueden, die von dem belgischen Streik betroffen sind, ist in den belgischen Streik eingetreten. Ein Teil eines Militärfregates mit 104 Jueden, die von dem belgischen Streik betroffen sind, ist in den belgischen Streik eingetreten.

**— Anwesenheit von General Genaud.** Die Franzosen, zu deren Interessen die belgischen Jueden gehören, sind in den belgischen Streik eingetreten. Die Franzosen, zu deren Interessen die belgischen Jueden gehören, sind in den belgischen Streik eingetreten.

**— Halsarrigkeit Griechenlands.** In Paris ist die Halsarrigkeit Griechenlands auf den Vermittlungsversuch der Entente eingetreten. In Paris ist die Halsarrigkeit Griechenlands auf den Vermittlungsversuch der Entente eingetreten.

**— Griechenland.** Die griechische Regierung erklärte nach Moskau eine Note, in der sie erklärt, daß Griechenland sich mit Sowjetrußland als im Kriegszustand befindet. Die griechische Regierung erklärte nach Moskau eine Note, in der sie erklärt, daß Griechenland sich mit Sowjetrußland als im Kriegszustand befindet.

**— Türkei.** Die türkische Regierung erklärte nach Moskau eine Note, in der sie erklärt, daß die Türkei sich mit Sowjetrußland als im Kriegszustand befindet. Die türkische Regierung erklärte nach Moskau eine Note, in der sie erklärt, daß die Türkei sich mit Sowjetrußland als im Kriegszustand befindet.

## Auf Burg Dymek.

Roman von H. v. D. D. D.

„Genn, hast du heut den Tisch, Mine muß notwendig nochmal die Küche auf der Weiche begreifen“, sagte Frau Professor König im Vorübergehen zu ihrer jungen Tochter, die in der Küche stand und am Herd die Watowitz brütete. — Das heiße Gesicht des jungen Mädchens trauerte wie aus einer Wolke aus dem Dampf auf, den die Waipflanze sowie der Dampf- und Kartoffeltopf in diesen Schwänden emporbrachten. — Genn, hast du die Pflanze vom offenen Feuer zurück, damit die schöne teure Wurst nicht ohne andrennen und platzen, und eile in das Schlafzimmer. Ein Blick auf die Uhr sagte ihr, daß es die höchste Zeit sei. Nicht lange mehr, und der Vater, die beiden Brüder, die beiden Schweftern und die drei Pensionäre kamen aus der Schule. Alle mit hungrigem Magen. Und der Vater war so pünktlich. Während Genn die Keller auf den groben, aber klugenwichtigen Tischchen verteilte, kam ein brillantes Hinderepaar angelaufen: Thomas und Carla, die beiden Kleinen, fünf- und vierjährig, die sich auf der Weiche gegenständig über und über aufgespannt hatten. — „Genn, zieh mir aus!“ geriet Carla, die sehr empfindlich war, und „Genn, hol mich eine andere Hose“, gebot Tomas, der sehr selbstherrliche Anlagen hatte. — „Wie wieder zehn Minuten Unterbrechung. Dabei der Tisch noch nicht fertig und wahrscheinlich die Watowitz im Gange. Genn, hast du die Küche, Gott sei Dank, sie lau gerade zurecht, die Kartoffeln vor dem Zerfallen zu bewahren, die waren ja gar, mußten abgeküht werden. — Genn, hast du sicher geglaubt, daß junge Mädchen den großen Kopf und sieh, während während sie die Kartoffeln über dem Feuer schälte, nachmals ihre Augen über Suppen- und Kartoffeltopf schweifen.“

„Gott, mein Gedächtnis“, sagte sie dabei zu Thomas, der ihr nachgelaufen war, „ich schnell noch die Servietten auf die Teller.“ — „Schickst du mir etwas dazu?“ — „Ja, ein Stüchchen Kuchen.“ — Genn hätte in ihrer Verzweiflung noch größere Besprechungen gemacht. Die Uhr zeigte schon fünf Minuten vor zwei. Wo blieb die Uhr eigentlich? Die Hausfrau wurde zweimal zugeschlagen, Konrad Walker, einer der Pensionäre, ließ sich in die Küche; Genn bemerkte ihn erst, als er dort hinter ihr stand. — „Gleich, Genn, zeig sie mich — wir haben heut einen Kaffee bekommen, zum Verzweifen, den kann ich sicher nicht machen.“ — „Das ist doch nicht gleich nötig?“ war Hennys Antwort, und ihr gerötetes Gesicht sah unendlich jenseits aus. — „Wenn ich laufe, müssen sie mich wirklich mit der Gehrung fangen in Ruhe lassen.“ — „Ich will ja nur zur Verzweiflung“, sagte Konrad. — „Ich halte Ihnen doch immer, wenn ich laufe, aber nun laus aus der Küche — ich kann mich ja nicht umdrehen.“ — „Genn, Genn, ich hab' mir ein furchtbares Loch in die Schürze gerissen“, klagte eine Stimme neben ihr. Sogghens Hand da und hielt traurig ihre Hand durch das große Loch. — „Über Sogghens!“ — „Ach Genn, die Schürze ist schon so dünn!“ — entschuldigend die Kleine sich, und Genn mußte das schmerzhaft zugeben. Die Schürzen der kleinen Mädchen waren aus alten Kleidern gemacht und schon sehr verwaschen. — „Zieh die Schürze aus, Sogghens, wir wollen sehen, was sich machen läßt.“ — Die Frau Professor, die schnell nach auf dem Tischplatz gesessen hatte, trat in die Tür. — „Vater kommt eben durch die Querstraße, ist alles fertig, Genn?“

— Einer Mitteilung des auswärtigen Amtes zufolge kehrt die französische Regierung seit einiger Zeit zurück nach Paris. Die 18-20-jährigen Fremdenlegation zu verlassen, wenn sie bei ihrer Verpflichtung den Leistungen gegenüber erklärt haben, bereits 20 Jahre alt zu sein.

**— Vorausschickliche Mitteilung am 28. Juni 1921** Norddeutsch, meist wolkig, vorwiegend trocken, kühl.

**Zeits, 24. Juni.** Der Schornsteinputzer Ernst Riefelberger aus Zeitz war bei einem Schornsteinputzen in Jandau tätig. Die das Werk haltende Riefelberger und R. sowie ein Arbeiter stürzten von 65 Meter Höhe in die Tiefe. Beide waren tot.

**Zeits, 25. Juni.** (Verhafteter Selbstmörder.) Von der hiesigen Kriminalpolizei wurde ein etwa 39 Jahre alter Gefangenener auswärts verhaftet, der in Verhaftung, in letzter Zeit unmissliche Angriffe auf weibliche Personen, insbesondere Schulfrauen, unternommen zu haben.

**Zeits, 25. Juni.** (Schwedischer Unglücksfall.) Näntsch stürzte wurde die in der Schulpfortschule beschuldigte Arbeiterin Anna Schulz. Das bedauerndste Mädchen kam dem Treibriemenzuge, wurde von diesem an den Haaren erfaßt und ihr die ganze Kopfhaube abgerissen. Die Verunglückte wurde ins städtische Krankenhaus gebracht.

**Zeits, 25. Juni.** (57 Prozent der Schulpfortschüler unterrichtet.) Nach Mitteilungen des Magistrats hat die Unterweisung der Schulpfortschüler Ende durch den Kreisrat Dr. Kühnlenz ein überaus trübes Bild von deren Beschäftigungszustand ergeben. Von 3800 Kindern waren 25 Prozent schwer unterernährt, weitere 32 Prozent waren unterernährt und nur 43 Prozent (1650) gesund. Der Bericht von Lungentrankeit lag ebenfalls bei einem Drittel der schwer unterernährten Kinder vor.

**Nordhausen, 25. Juni.** Der Hofbesitzer Herr Landrat a. D. Knappe (U. S. V.) ist vom außerordentlichen Gericht in Nordhausen aufgehoben worden, da der Verdacht, an den Wägenarbeiten beteiligt gewesen zu sein, gegen Knappe nach den neueren Berechnungen nicht mehr besteht. K. war gegen eine Sicherheit von 5000 M. auf freien Fuß gesetzt worden.

**Nordhausen.** Um die unklaren Verhältnisse beim Empfang Hindenburgs wieder gutzumachen und dem Ehrenbürger der Stadt über die Beteiligung, der er sich in Nordhausen erriet, ein Bild zu geben vereinigte sich die Nordhäuser Bürgervereine zu einer eindringlichen Kundgebung für Hindenburg. Am Freitag, der etwa 6000 Personen versammelte, zog durch die festlich im Flaggenschmuck präparierten Straßen von Westend zum Neumarkt, wo sich ebenfalls Tausende von Menschen eingefunden hatten, am der mächtigen Kundgebung beisammen. Mit kräftigen Worten verteilte Knappe die sozialdemokratischen Führer und sprach dann kräftige Worte Hindenburg selbst. Das einstimmige Annehmen der Entschädigung erfolgte ein Hoch auf Hindenburg und die Teilnahme langer das deutsche Volk. Mit einem Hoch auf das deutsche Volk schloß die Kundgebung. Die Entschädigung soll Hindenburg in Form einer Adresse durch eine Deputation überreicht werden, als deren Mitglieder aus dem Vorstand des Bürgervereins Kammerjunker Schenke und Stadtschreiber Binger, aus dem Kreisvereinsvorstand Brennerbecker Entsch. bestimmt waren.

**Der nächste Kriegsschuldigen-Prozess in Leipzig.** Der dem Reichsgericht in Leipzig wird als nächster Kriegsschuldigen-Prozess sich der General Stenger, im Krieges Kommandeur der 88. Brigade des 14. Armeekorps, zu verantworten haben. Er ist der erste auf der französischen Auslieferungsgeliste. Es werden ihm zwei Beweise vom 26. August 1914 zur Last gelegt, in denen die Wideramung aller Gefangenen, auch der Verwundeten, und sogar deren Hund, in großen Einheiten gefangen genommen worden sind, angeordnet wird. Die Liste bringt den angeleglichen Vorwurf der Beschle.

**Herderstraße in Gießen.** Seit vorigem Sommer werden in Thüringen und Franken eine große Anzahl Herde und Böden gestohlen. Jetzt ist die Würdigung

Kriminalpolizei auf die Spur ganz geöffneter Herdöfen gekommen. Er hat ermittelt, daß der Käufer Fritz Köpcke aus Nietleben und der Händler August Bräuer aus Sand während der letzten Jahre 24 Herde und ungefähr die gleiche Anzahl Wagen und Maschinen im Umkreis von mehreren tausend Kilometern gefahren haben, wobei der Pferdehändler Valentin Schürer zuerst als Helfer die Herde ankaufte und weiter veräußerte, während er sich später auch direkt als Dieb an dem Unternehmen beteiligte. Durch die Kriminalpolizei Würzburg konnte bis jetzt in Alsfeldsburg und Frankfurt a. Main und in der Umgebung dieser Städte 11 Herde, 9 Wagen und 4 Gespanne beschlagnahmt und teilweise ihren Eigentümern wieder ausgehändigt werden. Ueber den Verbleib einer weiteren Anzahl Herde und Wagen befinden sich die Untersuchungen, so daß auch diese noch erfaßt und ihren Eigentümern wieder zugeführt werden können. Schürer, Köpcke und Klippstein befinden sich jetzt in Untersuchungshaft.

## Vermischtes.

### 180 Millionen Verluste der Lebensmittelkäufe für Sachsen.

Zu den vom parlamentarischen Untersuchungsausschuß behandelten Lebensmittelkäufen des sächsischen Wirtschaftsministeriums in Holland wird mitgeteilt, daß es sich um Abschlässe von insgesamt 300 Millionen Mark handelte. Hierbei hat sich der erstickende Verfallbetrag von 180 Millionen Mark ergeben. Ein Betrag, der im sächsischen Haushaltsplan ein ausschlaggebendes Rolle spielt. Bei einzelnen Geschäften war sogar ein Verlust bis 75 Prozent zu verzeichnen. Allein das sog. Getreidegeschäft brachte einen Verlust von 100 Millionen Mark des Zeit, das die Hausfrauen dann auf Waren schielten, noch weniger war, als das im freien Verkehr erhältlich. Diese aus nur aus fünf großen Geschäften mit zwei ausländischen Firma stammen, hat der sächsische Staatsrat zu deren Verdringung des Unternehmens.

### Verdringung des Unternehmens von der Gewerkschaft.

Der Reichsausschuß des Landtages beriet am Mittwoch über die Gewerkschaft. Der erste Bericht der Regierungsvorlage, der die Gewerkschaft und den Steuerloß behandelt, wurde mit fünf sozialistischen gegen neun bürgerliche Stimmen angenommen. Die von bürgerlicher Seite gestellten Änderungsanträge wurden abgelehnt. Bei den Beratungen wurde von allen Parteien übereinstimmend die Meinung vertreten, daß von dem im eigenen Betrieb tätigen Unternehmer oder selbständigen Handwerker ein Abzug als eigener Arbeitsdienst bis zur Höhe von 24.000 Mark ausfallen werden müsse. Eine Abkürzung hierüber ist noch nicht erfolgt, es wird aber sicherlich im bevorstehenden Sinne ausfallen.

**Vierkürzung durch die Reichswehr.** In Kompanien im Allgemeinen wurde am Donnerstag durch eine Reichswehranweisung das Todesurteil gegen den 37-jährigen Fahnenmann Schöffel und den 23-jährigen Hans Mel durch Erschießen vollzogen. Die beiden hatten die Ehefrau Schöffels auf grauerhafte Weise ermordet.

**Eine Involuntarität mit unangenehen Folgen.** Wie aus H. v. W. verlautet, ist die Ursache der Explosion auf der Zeche Mont Cenis ein Schuß, der verbotswidrig abgegeben wurde. Die Besetzung der Opfer erfolgte gestern nachmittag unter sehr harter Beteiligung.

\* Ein geführter Geisteskranker wurde in der Person des aus Bückeburg gebürtigen Erich Embert, der früher Korporal in Erlangen war, festgenommen. Er wurde bereits von 24 Städten gesucht und rühmt sich, seit Dezember letzten Jahres 14 B. r. n. e. geübt zu haben, auf deren Köpfen er bald hier bald da ausgehört werden konnte. Er mußte Wägen und Wägen dadurch zu kauschen, daß er in der Uniform eines Korporals auftrat.

o Die Ermordung des Fliegerhauptmanns Bertold. Vor dem Staber Schlichter wurde erneut wegen der Ermordung des Fliegerhauptmanns Bertold am 15. März 1920 gegen den bisher flüchtigen Hauptmann Bartmann und den Arbeiter August Kreuze aus Hamburg verhandelt. Beide Angeklagten behaupten, an der Ermordung nicht beteiligt gewesen zu sein. Beim Eintritt in die Heinesanbahn wurden nachmalig die beiden in Hamburg festgelegt, bei denen der Hauptmann Bertold mit seiner Truppe entgegen den Vereinbarungen von der Menge befohlen und er selber getötet wurde. Die weitere Gewerbenahme betraf die Kämpfe und die Ermordung Bertolds, die auf die roheste Weise geschah. Ein Zeuge glaubt, daß Bartmann derjenige war, der den Bertold mit dem Gewehr schloß niederzuschlug. Ueber die Möglichkeit des Angeklagten mit dem Täter entgegen bei der weiteren Gewerbenahme Zweifel. Die Verhandlung wird noch einige Tage in Anspruch nehmen.

Die Opfer von Mont Cenis. Unter gewaltiger Beteiligung der Bevölkerung fand die Beisetzungsfeier der Katastrophe auf der Zeche Mont Cenis gestörten Verlaufs statt. Neben dem Reichsausschußminister Dr. Brauns folgte im Zuge der oberen Bergbeamte Freudenreich, Oberbergamtsrat Altkaus, 20 Tote wurden in Ehrung beigesetzt. Dort hielt als Vertreter des Bischofs von Babelsberg der Generalvikar Dr. Rosenfeld die Trauerrede. Dann formierte sich der unübersehbare Zug, der die 52 weiteren Todesopfer zur letzten Ruhe auf den Friedhof in Bockhausen geleitete. Nach dem Generaloberinspektoren Dr. Böllner, der den Toten einen ehrenden Nachruf widmete, folgten Generalvikar Dr. Rosenfeld und der evangelische Pfarrer des Ortes heraldische Trost Worte für die Angehörigen, die alle Anwesenden tief erschütterten.

### Amthliches Aenderbeweis.

Ueber Amtsentdeutsch und Amtstil, die sich auch in die moderne Zeit unverändert geerbt haben, ist schon viel geschrieben worden, so daß es fast überflüssig ist, noch etwas hinzuzufügen; hätte nicht das preussische Finanzministerium eine Bekanntmachung erlassen, die angeht, ist zur Ergänzung der Defektivität zu dienen. Sie lautet:

„Wird in einer Urkunde auf eine andere, auch wenn diese nicht unterzeichnet oder der anderen beiseite ist, derart Bezug genommen, daß die in bezug genommenen Urkunde als wesentliche Teil der in bezug genommenen gelten kann, so ist nach anerkannter Verwaltungsübung bei der feierlichen Beurteilung dieser Urkunde der Inhalt der anderen als eines Teils von ihr mit heranzuziehen.“

Wenn ein solches Aenderbeweis der Erfolg einer wesentlichen Arbeit ist, dann mag es einem oft um die Behörden und ihr Ansehen herzuhohe sein.

**Wann ist der Bromberger Bürgermeisters.** Bromberg, 26. Juni. Die letzten Tage sind hier ruhig verlaufen. Der bisherige Präsident der Stadt Bromberg, Maciejak, ist bei dem Verbleiben in Polen um Enthebung von seinem Posten vorstellig geworden. Dieser hat den Eintritt des Stadtpräsidenten genehmigt.

**Die Kostbarkeiten von Sarge der hl. Elisabeth.** Frankfurt, 26. Juni. Die beim Einbruch in die Elisabethkirche in Würzburg am 4. November 1920 von Sarge der hl. Elisabeth gestohlenen Perlen und Edelsteine im Werte von vielen Millionen Mark wurden von der Frankfurter Kriminalpolizei wiedergefunden. Als Täter verurteilt wurden der Schlosser Adolf Schumacher und ein Händler aus Weidenbrunn, als Helfer der Händler Sellmann und der Tapezier Seufert aus Frankfurt a. M.

### Stadtverordnetenversammlung am 26. Juni.

Anwesend waren Bürgermeister Schiller, Stadtverordneter Schwarze und 14 Stadterordnete.

1. Festsetzung der Haushaltsansätze für das Rechnungsjahr 1921.

a) Der Haushaltsanschlag für die Friedhöfische wird in Einnahme und Ausgabe mit 18000 Mk. (im Vorjahr 5500 Mk.) festgesetzt. Der Anstellung eines dringend nötigen Friedhofverwalters, die von einem Stadterordneten angefragt wurde, widersprach Bürgermeister Schiller aus finanziellen Gründen. Zur Bestimmung der Diebstahle und Missetaten auf Friedhöfen und Anlagen müsse jeder Einzelne durch Warnungen und Anzeigen beschützt sein.

b) Der Wegweiserbau zeigt in Einnahme und Ausgabe 93000 Mk. (im Vorjahr 111000 Mk.). Die Stadt zahlt zu dieser Sache 75000 Mk., das Mittelgut 6834, die Erträge der Planungen sind mit 9915 Mk. eingelegt. An Ausgabe erscheint u. a. für Arbeitslöhne 48000 Mk. für Neuflora und Begräbnisse 20000 Mk.

c) Die Armenkasse zeigt in Einnahme und Ausgabe mit 128000 Mk. ab. (Vorjahr 102000 Mk.). Die Kassenkasse hat 107100, das Mittelgut 6300 Mk. aufzubringen, eine Beihilfe aus der Dotationsrente der Provinz Sachsen sieht 6000 Mk. vor. Zu Ausgabe erscheinen u. a. an hiesige Arme für Unterhaltungen 36000 Mk. an Kur- und Verpflegungsgeldern 160000 Mk., die Unterhaltung der Kinderbewahranstalt erfordert 35000 Mk. Der Zufluß an das Schwermutterhaus beträgt 8400 Mk.

d) Der Kronenhaus zeigt in Einnahme und Ausgabe 90000 Mk. Zufluß der Stadtkasse 51500 Mk., Erlöse aus Krankenkassen 25000 Mk., Armentafel 7000 Mk., Verpflegung erfordert 50000 Mk., Instandhaltung der Gebäude 10000 Mk., Heizung und Beleuchtung 9000 Mk.

e) Eine Feststellung des Schulaffinets war nicht möglich, da noch eine Anzahl Unterlagen fehlten. Es wurde der vorjährige Betrag in Höhe von 227000 Mk. eingelegt.

f) Beim Wasserwerk werden die Endsummen mit Mk. 15000 festgelegt. In Einnahme haben für Wasserzählungen 14232 Mk., Wasserzähler 768 Mk. Ausgabe weist u. a. auf für Licht- und Stromverbrauch Mk. 4000, Verzinsung und Tilgung der Schulden 7500 Mk.

g) Der Haushaltsanschlag der Stadtasse bilanziert mit 750000 Mk. (622098 Mk.). Von Einnahmeposten sind u. a. zu nennen: Vom Grundrentenamt 8671 Mk., von der Schulasse 7000 Mk., vom Grundrentenamt 25000 Mk., von neuen Steuern (Wasser, Gas, Abwasser) um 10000 Mk., Zins aus dem Schuldentitel 182400, Schuldentitel 84000 Mk., Gewerbesteuer 130000 Mk., Reichs-Einkommensteuer von Staat 217929 Mk., Ertrag vom Staat für die forstwirtschaftlichen reichsdomänenverwaltungen Teile 58000 Mk., Ausgaben sind u. a. Verzinsung und Tilgung der städtischen Schulden 12795 Mk., Zins aus Schulasse 12795, Armentafel 7710 Mk., Reichs-Einkommensteuer 51500, Rentenrenten 13000, Zins für 80000, festl. Renten 73705 Mk. Die Haushaltsansätze wurden genehmigt.

2. Wahl eines Polizeikommissars. Es wurden der frühere Polizeikommissar Wegel von hier und der Polizeikommissar Hugo Reuschke aus Jersbach in Vorschlag gebracht. Die Wahl fiel auf Reuschke.

3. Beschließung über die Verordnungsform für die Beamten und Beamtinnen der Stadt Leuzners. Die Regierung hat dem Einpruch der Beamten gegen § 7 Abs. 2 und § 10 Abs. 2 der Verordnungsform stattgegeben, auch sind die Beamten wieder nach Gruppe 7 zu versetzen.

4. Die Erhebung einer Grundsteuer nach dem gemeinen Werte soll zunächst nicht erfolgen, da der Bezirksausschuß eine Genehmigung nur unter Bedingungen erteilen will, unter denen die Steuer der Stadt nicht einbringt.

5. Eine außerordentliche Revision der Sparkasse hat ergeben, daß die Einrichtung der Bücher und allgemeine Geschäftshandhabung der Kasse veraltet ist und nicht mehr die Gewähr für ein vorzügliches Arbeiten gibt. Es müsse das Stabsamt von der Kasse getrennt werden, monatliche Revisionen eingeführt und von den Beamten alle Nebenarbeiten ausgegeben werden. Ein im Kassenwesen tüchtiger Beamter soll eingestellt werden.

Außerhalb der Tagesordnung wurde beschlossen, den Namen- und Adressenbuch der Stadt am 30. Juni zu veröffentlichen.

Stadtvater Schumacher legt sein Amt als Mitglied der Wohnungskommission nieder, an seine Stelle wird Stadtvater Knoblich gewählt. Es wird, um Bürgermeister Schiller von der zeitraubenden Tätigkeit im Wohnungsausschuß zu entlasten, beschlossen, dem Magistrat die Anstellung eines Beamten anzuempfehlen, den vor allem die Arbeiten des genannten Amtes zu übertragen seien.

### Öffentliche Sitzung des Schöffengerichts in Leuzners am 24. Juni 1921.

1. Der Krammord, Mart N. Lande in G. oben wurde der Mordanschlag des Krammord. Ernst Willhardt in Leuzners für schuldig befunden, aber nach § 233 des St. G. B. für straflos erklärt, während er von der Bedrohung desselben freigesprochen wurde.

2. Wegen Diebstahl wurde der bereitsige Albert Straß jun. in Leuzners mit 3 Tagen Gef. bestraft. Die Strafe soll bei guter Führung 3 Jahre ausgesetzt werden, er soll dann nur noch 75 Mk. Selbstzucht zahlen.

3. Die Arbeiterin Felka Hoop in Leuzners wurde wegen Diebstahls 2 Wochen Gefängnis verurteilt.

4. Es wurden bestraft: a) der Bergarbeiter Franz Engelhardt in Leuzners wegen fortgesetzter Nötigung und gefährlicher Körperverletzung unter Befehl der Strafe vom 13. 5. zu einem Jahr Gefängnis, b) der Bergarbeiter Otto Eidel in Leuzners wegen gefährlicher Körperverletzung zu einem Monat Gef., c) der Bergarbeiter Ernst Peitz wegen Aufstiftung des Engelhardt zur Mordanschlag 2 Wochen Gefängnis. Von der Anklage sich auch nach der Sachverhaltigung schuldig gemacht zu haben, wurden Engelhardt und Eidel freigesprochen.

### Die Heilbehandlung der Kriegsbeschädigten.

Nach dem Reichsberufungsgericht haben die Kriegsbeschädigten Anspruch auf Heilbehandlung, solange die durch ein von den Versorgungsbehörden anerkanntes Dienstbeschädigungsstellen hervorgeruene Gesundheitsstörung oder Beeinträchtigung der Erwerbstätigkeit, i. d. weitest oder vollständig geheilt werden oder 2. wenn durch die Heilbehandlung eine vorläufige Besserung beschleunigt oder für längere Zeit beibehalten werden können. Die Durchführung der Heilbehandlung notwendig werdenden Heilbehandlung liegt den Krankenkassen nach der Reichsberufungsordnung (R. V. D.) ob. Personen, die bereits einer Krankenkasse nach der R. V. D. (b. i. Allgemeine Orts-, Land-, Betriebs-, Innungs-, Erbs- und Knappschaftskrankenkassen) angehören, kann gleich als die Heilbehandlung gegeben oder nicht, haben für zum Zweck der Heilbehandlung an diese zu wenden. Nichtversicherungsbedürftige Personen, die keiner Krankenkasse der R. V. D. angehören, wenden sich an die für ihren Wohnort zuständige Allgemeine Orts-, Land- oder Knappschaftskasse.

Den Krankenkassen gegenüber tritt der nach dem R. V. D. von den Versorgungsbehörden zu erzielende Nutzenbeizug als Ausweis. Die bisher nach dem Reichsberufungsgericht vom 1906 erteilten Bescheide werden für die Eintragung von Heilbehandlungen nach dem R. V. D. nicht an. Da aber aus den wohl allgemein bekannten Urteilen geruame Zeit vergehen wird, bis alle Beschädigten einen solchen Nutzenbeizug nach dem R. V. D. in Händen haben werden, erhalten sie in allerhöchster Zeit, soweit es nicht schon geschehen und der endgültige Bescheid nach dem R. V. D. noch nicht erteilt ist, von dem zuständigen Versorgungsamt einen vorläufigen Ausweis zur Eintragung von Heilbehandlungen. Dieser wird unmittelbar vor der Überlieferung des endgültigen Nutzenbeizuges durch das Versorgungsamt wieder eingelegt. Der Ausweis enthält genaue Angaben über die anerkannte Dienstbeschädigung und das anerkannte Dienstbeschädigungsstellen, unter einem Hinweis über die in Betracht kommenden Krankenkassen. Die Ausweise werden ohne besondere Antragsstellung durch die Volkswärter. Beschädigte, die schon vor der Zustellung Heilbehandlung in Anspruch nehmen wollen, erhalten den Ausweis als Beleg für den Kriegsteilnehmer, deren angelegte Dienstbeschädigung vom Versorgungsamt noch nicht anerkannt ist, oder deren Rentenverfahren noch schwebt, haben sich zunächst an das Versorgungsamt zu wenden, falls ihr geltendes Dienstbeschädigungsstellen eine Behandlung nötig macht. Soweit sie in dringenden Fällen unmittelbar die Krankenkasse in Anspruch nehmen, liegt beim Versorgungsamt die Prüfung der Frage, ob Heilbehandlung auf Grund des R. V. D. genehmigt werden kann. Da die Durchführung der Heilbehandlung numerisch sehr schnell ist, können sich die Krankenkassen eigene Besetzung ausgereichte Heilbehandlung nicht mehr auf die Krankenkasse übernehmen werden.

## Amthliche Bekanntmachungen.

### Polizeiverordnung.

Auf Grund des § 137 des Gesetzes über die Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 - G. S. 195 des § 6. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung v. 11. März 1850 - G. S. 265 und des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. April 1880 G. S. 230 wird für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg vorübergehend der Zustimmung des Bezirksausschusses folgende Polizeiverordnung erlassen:

§ 1. Das Verbot der Feldfeuer außerhalb der öffentlichen Kommunikationswege ist in den Monaten Mai, Juni, Juli, August in der Zeit vom Einbruch der Dunkelheit, spätestens von 9 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 4 Uhr und in den folgenden Monaten spätestens von 8 Uhr abends an bis zum Tagesanbruch, frühestens 5 Uhr, verboten.

Kündigungen sind nur zulässig mit besonderer schriftlicher (Erlaubnis der Gemeindefürsorge) Disziplinbefehle.

Jede Uebertretung der vorstehenden Bestimmungen wird, soweit nicht nach allgemeinen Bestimmungen eine höhere Strafe vorsehrt, mit einer Geldstrafe von 60 Mk. im Untermaßesfalle mit entsprechender Haft bestraft.

Die Polizeiverordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Merseburg, den 14. Juni 1921

Der Regierungs-Präsident, F. B. ges. Rosenmann.

Weißenfels, den 21. Juni 1921.

### Der Landrat.

### Marken-Ausgabe.

Am Mittwoch, den 29. d. Mts. nachmittags von 2-3 Uhr werden in den Bezirksstellen die Zuckermarken für den Monat Juli und für die Sonderzuteilung ausgegeben.

Leuzners, den 27. Juni 1921.

### Der Magistrat. Schiller.

### Obstverpachtung.

Die Obstverpachtung (Pflaumen u. Äpfel) der Gemeinde Kostplatz, finden öffentlich u. meißtbietend **Donnerstag, den 30. Juni** abends 7/8 Uhr im Gasthof zu Kostplatz statt. Bedingungen im Termin und beim Gemeindevorsteher.

### Der Gemeindevorsteher.

Der diesjährige **Plausen- u. Nappelausgang** der städtischen Plantagen soll am **Donnerstag, den 30. Juni 1921** nachm. 5 Uhr im Gesellschaftszimmer des Rathstellers meistbietend versteigert werden.

Teuchern, den 27. Juni 1921.

Der Magistrat. Schillen.

### Städtischer Kirchengüterverkauf.

Montag, Dienstag u. Mittwoch auf die Verkaufsnummern 501—1000.

Sinniger. Schügenstr. 4

### Berliner Gastspiel-Theater.

Norddeutscher Hof, Teuchern.

Mittwoch, den 29. Juni abends 8 Uhr

Auf vierseitigen Wunsch zum 2ten Male.  
Die schonische Pöffe! Zum Totlachen!

### Robert u. Bertram

oder: Die beiden insigen Bagabunden.  
Regie: H. S. Reinert.

1. Akt. Die Befreiung aus dem Gefängnis.
2. Akt. Auf der Hochzeit.
3. Akt. Zwei süße Mädchen.
4. Akt. Inarmenreliefstempel u. Entfaltung.

Unter Mitwirkung der Stadtkapelle  
Wer la sen will, der komme!  
Die Frestion.

### Alte Gebisse

auch zerbrochene, laufe zu den höchsten Tagespreisen nur bis **Dienstag mittags 2 Uhr im Hotel zum Löwen.**

Empfehle **Dienstag zum Wochenmarkt.**  
**frische Heidelbeeren,**  
**frischen Schellfisch a Pfd. 250 Mk**  
gar, reines **Schweineschmalz**  
prima geräucherter **Speck**  
feinste **Tafelmargarine**  
in Würfeln a Pfd. 8 Mk.  
Prima neue **Vollheringe** a Stück 1 Mk.  
Becker.

**Otto Köhler, Polsterei, Teuchern.**  
Oberstr. 1

### Auflege-Patent-Matratzen Sofas u. Chaiselongues

können Sie nur in bester Ausführung und billigsten Preislagen hier erhalten.

Auch nehme ich Bestellungen für ausserhalb und auf dem Lande entgegen.

Dasselbst steht ein **Chaiselongue**, Ia. Qual., keine Fabrikarbeit, zu verkaufen, Teilzahlungen gestattet.

### Inventar-Versteigerung.

Wagen Betriebsveränderung kommen **Montag, den 4. Juli** vorm. 10 Uhr in meinem in Rumbal befindlichen Geschäft folgende Gegenstände freiwillig öffentlich bei sofortiger Barzahlung meistbietend zur Versteigerung:

ca. 6 Pferde, darunter belgischer Rapphengst und 2 1/2 jähriger leichter Fuchshengst, ca. 15 4" Wagen 100 Ztr. Tragkraft, 2 schwere Rollwagen 150—300 Ztr. Tragkraft, 1 Landauer, 1 leichter Aufschwagen, 25 neue ungebrauchte Heu-seile, 1 Zugwinde, 1 Posten schwerer Ketten, 20 Reserve-Kumette, verschiedene kleinere zu Landwirtschaft und Zubehören nötige Sachen, als Hälftern, Trensen, Geschirrtteile usw. alles in bestem Zustand.

Paul Landmann, Besitzer.

### Lichtspiele Weiße Wand

Nur 2 Tage! Nur 2 Tage!  
Dienstag, d. 28. und Mittwoch  
d. 29. Juni

Karl Maya Fortsetzungs-Reiseabenteuer.

Von Bagdad nach Stambul  
Carl de Vogt  
2. Teil

### Die Todeskarawane

in 6 Akten.

Vorführung 6.30 und 9 Uhr.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

W. Hähn.

### Cafelin

der gesunde sparsame  
Ersatz für Bohnenkaffee



FF Resag A. G.  
Leipzig

### Plätterin

empfiehlt sich Frau Triebel  
Gr. Weg 7.

### Ein Läuferfchwein

passend zur Zucht, zu verkaufen  
Schwauertstr. 7.

### Frische Seefische

Edwin Haruiß.  
Edwin Haruiß.

### Wolfsspitz

jugelaufen. Abzuholen  
Unterm Berge 28.

Die erkannte Person, welche am Freitag auf dem Wege Teuchern—Dornesse die Handtasche mit Inhalt an sich genommen hat, wird gebeten, selbige sofort gegen Belohnung in der Höhe v. 1 Mk. abzugeben, widrigenfalls erfolgt Anzeige.



Langjährige Garantie.

### Kinderwagen

Ein gut erhaltenes  
steht zu verkaufen.  
Gartenstr. 4.



Ich hab's erkannt  
u. glaub es feste:  
Zum Putzen ist  
**Urbin**  
das Beste!

Schuhputz "Urbin" überall zu beziehen!  
Fabrik: Urbin & Lohm, Chemnitz

### Saugschweine

4 Stück  
hat zu verkaufen  
G. Schilling, Rietz.

### 1 Melkziege

verkauft.  
Zu erfr. in der Geschäftsst. d. H.

Schiffleitung, Druck und Verlag von Otto Lieserenz, Teuchern.

### Arbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offene Stellen.

Geschäftszeit: 8 1/2 bis 11 Uhr

Gesucht werden:

- 19 Mägde, 2 Hausmädchen aufs Land, 1 Küchenmädchen, 2 Dienstmädchen, 1 Stallburche zum 1. Juli 1921, 1 unverteilter Kutscher von 25 Jahren, 1 Dienstmädchen in Gastwirtschaft, 1 Hotelkammer, 15—17 Jahre, nach auswärts, 1 älterer Schmidt, 1 Schuhmacher, 1 Hofmeister, 1 Briefschaffershilfe, 1—2 Lokomotivführer, nur gelernter Handwerker, Befähigungsnachweis erbringen.

Stellen suchen:

- 1 Bäder, 1 Knecht zum 1. Juli von 16 Jahren, 1 Kutscher von 20 Jahren und 1 von 14 Jahren, 2 Schlosser, 2 leichte Gefährtführer nach auswärts, 1 16jähriger Knecht, 1 Aufwartung.

Ich bin Dienstag von 8—11 u 3—6 und Donnerstag und Freitag von 8—12 in Teuchern im Ratskeller zu sprechen.

Mewes,  
Rechtsanwalt u. Notar  
Weissenfels a. S.  
Saastr. 12.  
Gegenüber der Post.

### Junger Hund Wolfsspitz

entlaufen. Gegen gute Belohnung abzugeben.  
Krug, Obernessa.

### Hühner

4 Stück junge  
mit Hahn  
find zu verkaufen.  
Weissenfelsstr. 5

### Damenfahrrad

Guterhaltenes  
preiswert zu verkaufen.  
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. H.

### Drucksachen

jeder Art fertigt schnell und billig an

### Buchdruckerei

Otto Lieserenz.

### Robert Gäbler, Teuchern

offertiert

### Fahrräder

Brennabor u Naumann, sowie Pfaff- u. Naumann

### Nähmaschinen

Ersatzteillager für alle Systeme.  
Eigene mod. fachmännische Reparaturwerkstatt.

### Teilzahlungen gestattet.

### Freie Heidelbeeren

Frei! Becker,  
Schübstr. 2a.

### Raninchenkästen

verkauft  
Weidenbergstr. 3.

### Erna Wolter

Ernst Wagenbrett

Berlin Verlobte. Ranthal

Juni 1921.

### Obstverpachtung.

Der Obstausgang an den Bauplatz in ungen. nachbenannter Provinzialstraßen soll **Donnerstag, den 2. Juli d. J. 3. Vormittags 9 Uhr** in der Ratskammer, „Schloßkeller“ Zettelstr. 15 hier öffentlich verpachtet werden.

a) Halle-Weissenfels-Edarisbraga km. 24,486—24,6; 25,040—25,9.

b) Weissenfels-Reich-Gieselroth km. 8,290—8,840; 9,0—10,166; 11,650—12,860 15,245—15,750.

Verpachtungen im Termin Weissenfels, den 22. Juni 1921

Der Straßenmeister.  
Hempel.

### Hemden-tuch

a. Nr. 10 Mk. empfiehlt  
Henriette Görk,  
Ultern Berge 15.

### Lagerraum

in der Nähe des Marktes wird zu mieten gesucht.

Offerten unt. **B. 18** an die Geschäftsst. d. H.

### Buchführung

Einrichtung u. Aufsicht sowie

Kat und Hilfe in Rechts-, Straf-, Nachlass- und Steuerachen.

Vertretung von Hypotheken, Grundstücks-, An- und Verkauf.

durch: **P. Schmidt,**  
R. Hübner.

Beide als Notar  
Weissenfels,  
Klosterstr. 2.

### Drucksachen

jeder Art fertigt schnell und billig an

### Buchdruckerei

Otto Lieserenz.

### Robert Gäbler, Teuchern

offertiert

### Fahrräder

Brennabor u Naumann, sowie Pfaff- u. Naumann

### Nähmaschinen

Ersatzteillager für alle Systeme.  
Eigene mod. fachmännische Reparaturwerkstatt.

### Teilzahlungen gestattet.

### Freie Heidelbeeren

Frei! Becker,  
Schübstr. 2a.

### Raninchenkästen

verkauft  
Weidenbergstr. 3.

### Erna Wolter

Ernst Wagenbrett

Berlin Verlobte. Ranthal

Juni 1921.

# Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsmonatige Korrespondenz 60 Bg. Restamettele 1.—Mk.

Abonnementpreis in der Gegend dieses Blattes, Zeitungsrate 10, bis 15.000 Bg. 8 1/2 Bg. Gebühre und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Ercheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Stierfederscher Druckpreis: Durch unsern Geschäftsstelle 5.50 Bg. von unteren Bogen und durch unsern Druckpreis 2.00 Bg. Einzelnummer 20 Bg.

Stierfederscher und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitungsrate 10, auch von unteren Bogen und allen Bestellungen angenommen.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 75

Dienstag, den 28. Juni 1921.

60. Jahrgang

## Eine Enthüllung.

Le Monde Doppelspiel.

Der „Berl. Vol.-Anz.“ veröffentlicht einen Geheimbericht Le Monde an die französische Militärmission in Berlin, der ihm in die Hände gespielt wurde und für dessen Echtheit er sich verbürgt. Dieser Geheimbericht wirft ein großes Schlaglicht auf das enge Zusammenarbeiten Le Monde mit Korfanty. Der Bericht beginnt mit allerlei „Feststellungen“ über den deutschen Selbsthiss in Oberschlesien, der immer stärker werde, für den im ganzen Reich geworben werde und dem aus dem Reich immer neue Waffen geliefert würden. Während in Bayern die Entwaffnung der Ortschaft durch die demokratischen Parteien gefördert werde, sehe die gesamte obereschlesische Bevölkerung geschlossen hinter der Ortschaft. Die Kraft des deutschen Selbsthisses werde von Tag zu Tag immer stärker, während Korfanty täglich mehr Chancen verliere, „wenn wir nicht sofort dem Krieg hier Einhalt gebieten und alle strategischen Punkte einnehmen, um dadurch den deutschen Vorstoß aufzuhalten und so Korfanty im Lande zu befestigen.“

Le Monde gibt Korfanty Geheimnisse.

Wöchentlich es dann in dem Bericht: „Wir haben infolgedessen mit allen anderen Vertretern der Entente folgendes beschlossen:

1. Korfanty kann auf dem Gebiet, das er besetzt hat, seine Organisation fortführen und vermehren zum Schutze der polnischen Einwohner. Wir fordern von Korfanty, daß er mehr Disziplin als bisher in seine Truppen bringt, und daß Korfanty unseren Geheimbefehlen unbedingt Gehorsam zollt.

2. Die Truppen der Interalliierten müssen zu einer geschlossenen Gruppe zusammengezogen werden und die spezielle Aufgabe erhalten, weitere deutsche ...

gewen kann. Der neue polnische Außenminister E. E. E. hat auch ganz offen Polens Ansprüche von neuem in seiner Rede dargelegt. Lieber Obereschlesien erkläre er, daß angesichts der aus einandergehenden Ansichten Englands und Frankreichs der italienische Vorschlag des Grafen Forza zum mindesten eine Brücke der Verständigung bilden könne. Angesichts dieser Erklärung darf man nicht verzeihen, daß E. E. E. bisher polnischer Gesandter in Rom war und so sicher an dem Plane Forzas, der den wesentlichen Teil des Industriegebietes Polen umfassen will, stark beteiligt ist.

## Polnischer Friedensbruch.

Energetischer Protest Deutschlands.

Amlich wird mitgeteilt, daß die deutsche Regierung der Beschlusseinführung, sowie der Ableitung der Bewegung nur vor ausser Achtlassung der polnischen Klänge in Oberschlesien erbracht werden. Diese Maßnahmen beruhen auf eideschwörtlichen Zeugenaussagen und ausgehenden Papieren. Danach sind nicht nur einzelne polnische Mannschaften zur Teilnahme am Aufstand in Oberschlesien aufgefordert, sondern sogar einzelne Zuppenente geschlossen worden. Beim Ueberschreiten der Grenze sind weder den einzelnen Personen noch den geschlossenen Verbänden, die alle vorher Zivilkleider erhalten hatten, irgendwelche Schwierigkeiten bereitet worden. Infolgedessen erhebt die deutsche Regierung nachdrücklich Einspruch gegen die öffentliche Unterstützung der oberschlesischen Aufstandes durch die polnischen Behörden und erludt die Alliierten die strengste Abberung der Grenze unversöhnlich vorzunehmen. Gleichzeitig spricht sie die Erwartung aus, daß jeitens der alliierten Regierungen der polnischen Regierung nachdrücklich und wirksam jede weitere, wenn auch nur beschränkte Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien unterbunden wird. Der Vorstoß sind die genannten Beweise als Anlage beigegeben.

## „Neue Werte“.

Durch Schwerarbeit zum Wohlstand. Von einem Volkswirt erhalten wir folgende Schrift:

Um die Erfüllung der schweren Pflichten, die wir durch die Annahme des Mittelstandes übernommen haben, zu ermöglichen, hat der Reichstagler zunächst ein sehr umfangreiches Steuerprogramm vorbereitet. Auf diesem Wege oder früher wir nicht mehr weiter-schreiten. Das Niveau unserer Lebenshaltung ist wirklich schon so tief gesunken, daß es sich nicht weiter verschlechtern läßt. Jede neue Steuer sieht deshalb die Preisstärkung auf neue an. Es besteht also die Aussicht auf eine Produktionsstärkung der schlimmsten Art. Auf dem Wege zum Wohlstand ist ein Sprung in gefährlicher Höhe. Eine volkswirtschaftlich notwendige und ausreichende Kapitalbildung ist kaum noch möglich. Das ist umso bedauerlicher, als damit auch die Wichtigkeit entfällt, neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

Es gilt, andere Bahnen zu beschreiten. Dazu gehört allerdings Mut. Man sage dem Volke, wie es um uns steht und was uns allein retten kann: mehr Arbeit, um zu neuem Wohlstand zu gelangen. Von früher Geschaffenen, bereits über und über Verschuldeten, können wir nicht mehr lange zehren. Es reicht bald nicht mehr zum Notwendigen. Leichter ist es, vom zunehmenden Wohlstand abzugehen. Nur vom wachsenden Reichtum kann der Staat noch schöpfen. So forje er denn für Gelegenheit, neue Werte zu erarbeiten.

Wir vermöchten mit der bisherigen Produktion nur auszureichen, weil der darüber hinausgehende Bedarf gedeckt wurde aus Mitteln, die den Inhabern von Gebäuften zugunsten genommen wurden. Die Erbschaftsteuer wird aber bald zu Ende. Sie können nicht mehr als Ausweise dienen. Die Not der davon Betroffenen, von denen viele zu den Ärmsten der Armen gehören, ist ohnehin riesengroß. Darum wird der Regierung wirklich nichts anderes übrig bleiben als dem Volke mit rückhaltloser Offenheit zu sagen, daß es für uns nur diese eine Rettung gibt, die Preissteigerung, die die bisherige Arbeit auch wirklich ein erhebliches übersteigen wird. Keine Worte, die die Arbeiterbewegung Rechte sollen dem Arbeiter in jeder erdenklichen Form sichergestellt werden, aber er muß begreifen, daß seine politische Machtstellung auch die Verantwortung für den gesellschaftlichen Niederaufstieg unseres Landes in sich schließt. Und diese verlangt Anspaltung an das Gebot der Stunde. Durch harte und rücksichtslosste Verfahren an doctriener Schlag kann sonst alles verloren gehen.

## Deutsches Reich.

27. Juni 1921.

Die Beratung des Lohnvertrages im Steuer-ausschuß des Reichstages. Der Gesetzentwurf geht, wie ein Regierungsextrakt ausführt, von folgenden Gesichtspunkten aus:

Da der Einheitsfuß des Tarifs (10 Prozent) nur bis zu Einkommen von 24 000 Mark geht, können die Beschränkungen aber die vereinigte Einkommensteuer nur bei Gesamteinkommen bis zu dieser Summe Anwendung finden. Hat der Arbeitnehmer bei einem Fuß das Reich nicht übersteigenden Gesamtvermögen außer Arbeitslohn noch sonstigen Einkommen, so muß dieses veranlagt werden; in diesem Fall die Veranlagung unterbleiben, wenn das sonstige Einkommen 200 Mark nicht übersteigt. Bei Gesamteinkommen über 24 000 Mark bleibt es bei der bisherigen Regelung, denn, einen höheren Quotienten als 10 Prozent abziehen zu lassen, ist nicht anzugehen, wenn der erzielte Quotient, nämlich die unzulässige Berechnung für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Finanzämter, erreicht werden sollte.

Die längere Debatte entspann sich über die Frage der Abhängigkeit von Werbungskosten vom Einkommen. Zur Klärung dieser schwierigen Materie wurde ein Interzessionsfuß eingefügt.

55 Millionen Versicherungsnehmer für Unfall- und Lebensversicherungen. Der Rat des Völkerverbundes hat die Vorschläge der Kommission, betreffend die Regelung für die Uebertragung von Versicherungen, die das deutsche Reich auf Grund der sozialen Versicherungsregeln für Unfall- und Lebensversicherungen zurückgelegt hatte, gutgeheißen. Die Kommission hat mit allen Stimmen den Wert dieser Versicherungen am 31. Dezember 1920 auf 65 Millionen festgelegt. Die erste Rate davon soll Deutschland am 1. Juli zahlen.

Eine kleine Zahlungsvereinfachung. Infolge des Einstufes, den die letzten deutschen Zahlungen in Dollardollar und Rest der deutschen Wechselkurse, hat die Reparationskommission beschlossen, Deutschland bis auf weiteres für seine späteren Zahlungen von der Verpflichtung zu entbehren, die Zahlungen in Dollardollar vorzunehmen.

Zu der Einigung des deutschen Protestantismus sieht ein weiterer Schritt in Aussicht. Vom 30. Juni bis 2. Juli wird in Eisenach der deutsch-evangelische Kirchenausschuß tagen, um sich über die Verhandlungsgegenstände, Ort und Zeit des zweiten deutsch-evangelischen Kirchentages schlüssig zu werden. Er wird weiter verhandeln über den Entwurf der Kirchenbundesfassung und den Kirchenbundesvertrag.

Der deutsche Städtetag in Stuttgart wurde Freitag geschlossen. In einer Entschließung fordert er Selbstverwaltung der Gemeinden, Freisetzung von überflüssiger Staatsauslastung und Freisetzung des die Verwaltung verzögernden und verteuern den Instanzenganges. Das staatsaufsichtliche Verfügungsrecht dürfe, solange es besteht, nicht nach politischen Gesichtspunkten ausgeübt werden. Der Städtetag beschloß die Ausdehnung der Mitgliedschaft auf alle Städte von mehr als 10 000 Einwohnern.

Freilassung der Geiseln verlangt. Dem deutschen Botschafter in Paris ist ein Note der Botschafterkongferenz ausgegangen, in der diese bekannt gibt, daß sie bei der polnischen Regierung vorstellig geworden sei, um die Freilassung der wirklich festgenommenen Personen zu erwirken. Gleichzeitig wird auch die deutsche Regierung aufgefordert, die in einer beigefügten Liste aufgeführten 117 Personen, die angeblich in Deutschland interniert seien, ebenfalls freizulassen. In Wahrheit befinden sich in deutscher Internierung nur einige bei den Kämpfen in Oberschlesien Verhaftete, die zum großen Teil aber bereits der Interalliierten Kommission in Oppeln zugeführt.

## Auslands-Rundschau.

Brund über Sanktionen und Oberschlesien.

Im Ausschuß der französischen Kammer hielt Ministerpräsident Briand eine Rede, die auf denselben Ton abgefaßt war, wie seine kurz vorher im Senatsausschuß gehaltene: Was die Frage der Sanktionen anlangt, hob Briand besonders hervor, daß ihm die Aufrechterhaltung um so nötiger erscheine, als dadurch das stabinente Welt, das sich auf die wahrhaft demokratischen Elemente im Reich stütze, konsolidiert werde (1). Wenn die Sanktionen bereits jetzt aufgehoben würden, würde dies mit den pangermanischen Elementen (2) zugute kommen. Wesentlich Oberschlesiens wiederholte Briand, daß sich die Lage weiter gebessert habe, daß sich der englische und der italienische Standpunkt dem französischen genähert hätte und daß man daher nunmehr hoffen könne, und zwar auch mit der Unterstützung Vorderamerikas, zu einer Teilung des Abstammungsgebietes zwischen Deutschland und Polen zu gelangen.



Auch soll in den betroffenen Gebieten sogleich eine Ortswehr geschaffen werden, die aus angehenden Bürgern der einzelnen Orte zusammengestellt werden soll. Der General de Marini erklärte, daß die Militärschritte niemals von der Interalliierten Kommission anerkannt werden würde. Es handele sich darum, den wirtschaftlichen Mut des Industriegebietes zu verhindern. Dazu seien die aus Jungzügen gebildeten polnischen Ortswehren nicht geeignet.

## Erweiter Zusammenstoß.

Schließlich Kofel ist es zu einem erneuten Zusammenstoß der Interzungen mit den Italienern gekommen. Auch hier waren polnische Soldaten beteiligt, die in großer Zahl ununterbrochen die Grenze überschritten. An der ganzen schlesischen Grenze Polens sind seit langem bedenkliche Truppenbewegungen zusammengezogen. Man darf wohl erwarten, daß diese zum Auslandszuge. Auch sind alle militärischen Vorkehrungen getroffen, damit Polen gegebenenfalls mit Waffengewalt in Oberschlesien ein-